

# AREALENTWICKLUNG SPITAL THUN ÄNDERUNG BAUREGLEMENT

Für das langfristige Bestehen ihres Regionalspitals in Thun ist es der Spital STS AG wichtig, im dynamischen Gesundheitswesens rasch auf Veränderungen reagieren zu können - auch baulich. Um künftige An-/Um-/Neubauten zu ermöglichen, sollen nun die baurechtlichen Grundlagen angepasst werden.



Die Zone für öffentliche Nutzung, in der das Spital heute liegt, lässt Neubauten oder Erweiterungen nur in einem geringfügigen Ausmass zu. Mit verschiedenen kleineren Ausbauten und insbesondere mit dem Notfall-Neubau ist dieses Potenzial bereits weitgehendst ausgeschöpft. Deshalb soll das Baureglement so angepasst werden, dass allfällige weitere Ausbauschritte ermöglicht werden. Die Spital STS AG als Eigentümerin des Spitals und die Stadt Thun haben eine entsprechende Zonenplanänderung und einen Masterplan ausgearbeitet, der die Entwicklung auf dem Areal des Spitals regelt.

## **Flexibles Planungsinstrument**

Aktuell hat die STS AG keine konkreten Ausbaupläne. Im äusserst dynamischen Umfeld, in dem das Regionalspital Thun bestehen muss, ist es von zentraler Bedeutung, rasch auf Veränderungen einzugehen. Deshalb werden bereits jetzt die Voraussetzungen für ein allfälliges Bauvorhaben geschaffen.

## **Erweiterung bleibt bestehen**

Eine Haupterweiterung des Spitals wäre vor allem zwischen Krankenhausstrasse und heutigem Hauptgebäude möglich. Hier wäre ein max. viergeschossiger Erweiterungsbau möglich. An der Südwestseite werden ein kleinerer Erweiterungsbau sowie An- und Umbauten ermöglicht. Die heutige oberirdische Parkierungsanlage wird unterirdisch angelegt. Die heutige unübersichtliche Ankunftssituation wird behoben. Gleichzeitig kann wertvoller Freiraum auf der südöstlichen Seite und der Spitalnutzung beibehalten und aufgewertet werden. Mit dem Masterplan und dessen Auflagen (u.a. vorgängige Durchführung eines Architekturwettbewerbs und Ausbau in mehreren Etappen) kann eine hohe städtebauliche Qualität sichergestellt werden.

## **Verfahren**

Die Unterlagen wurden dem Kanton Bern zur Genehmigung vorgelegt.